

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

№ 3

Erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telephon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 7. Januar.

Insertionsgebühren: die viertelspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg.; Reklame 50 Pfg.; bei mehrmaliger Einrückung entsprechender Rabatt. Druck u. Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 4. Januar (28. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Mares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit. Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanal scheiterten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südöstlich von Moenvres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

*

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuss von der Erde dreihundzwanzig Flugzeuge und zwei Fesselballone. Oberleutnant Voerger errang seinen 20. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Großes Hauptquartier, 5. Januar (28. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in der Gegend von Avoncourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafteste Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt. Westlich von Bullecourt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz
Zwischen Brenta und Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Großes Hauptquartier, 6. Januar
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feuerintensität blieb meist gering; sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgefechten. Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvin-court und nordwestlich von Avoncourt brachten eigene, nach Feuernorbereitung durchgeführte Unternehmungen, ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien weithin von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und Maschinengewehre als Beute ein. Im Walde von Ailly versuchten die Franzosen zweimal in unsere Gräben einzudringen.

*

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus fünfzehn feindliche Flugzeuge und vier Fesselballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz
Beiderseits der Brenta, im Tombagebiet und am Montello zeitweilige Artilleriekämpfe.

Der österreichisch-ungarische Generalstab meldet:

Wien, 4. Januar. (28. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz
Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz
Keine Ereignisse von Bedeutung.

Wien, 5. Januar. (28. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz
Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz
Die Gefechtsintensität blieb auf zeitweiliges Artilleriefeuer beschränkt.

Wien, 6. Januar. (28. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz
Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz
Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiet des Monte Delone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweilige Artilleriekämpfe.

Ereignisse zur See.

Berlin, 4. Jan. (28. T. B. Amtlich.) Im St. Georges- und Bristol-Kanal wurden durch U-Boote 24 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Charleston“ mit Kohlenladung und vier schwer beladene bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach auffallend schwerer Detonation sofort sanken. Vom englischen Dampfer „Charleston“, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergelassen wurde, ist ein Geschütz erbeutet worden, zwei Leute der Geschützbedienung wurden gefangen genommen.

Berlin, 4. Jan. (28. T. B. Amtlich.) Im östlichen Ärmelkanal sind von unseren U-Booten kürzlich 21 000 Bruttoregistertonnen vernichtet worden. Sämtliche Schiffe waren schwer beladen und bewaffnet und fuhren bis auf eines unter harter Sicherung. Ein tief beladener, bewaffneter großer Tankdampfer, der Kurs auf Cherbourg hatte, wurde aus einem Harten, durch viele Fischdampfer und schnelle U-Bootszerstörer gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

An dem Erfolg, der unter erschwerten Verhältnissen errungen und darum umso bemerkenswerter ist, war in erster Linie ein kleines U-Boot beteiligt, das unter der geschickten Führung seines Kommandanten, Oberleutnant zur See Stein-dorf, im Dezember vorigen Jahres durch schnelle Arbeit in zwei Unternehmungen insgesamt 22 500 Bruttoregistertonnen vernichtet hat.

Berlin, 5. Jan. (28. T. B. Amtlich.) Kühnes Draufgehen unserer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr hat unseren Feinden wiederum einen Verlust von 22 000 Bruttoregistertonnen eingetragen. Drei große Dampfer fielen den Torpedos im Ärmelkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein tief beladener östwärts stehender großer Tankdampfer; er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Polwarra“ (3746 t) festgehalten werden. Das Schiff war mit wertvoller Eisenerz- und Phosphorladung nach England bestimmt.

Berlin, 7. Jan. (28. T. B. Amtlich.) 1. Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterseeboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Pionbino wirkungsvoll beschossen.

2. Schnelldrehende U-Bootsangriffe sind im westlichen Mittelmeer weiterhin sechs Dampfer und drei Segler mit rund 36 000 Bruttoregistertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem, beladen waren, fuhren sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen empfindlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angeordnet werden, zeigt die Tatsache, daß in einem Falle aus einem Geleitzuge in 23 Minuten drei Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus zwei Dampfern bestehender Geleitzug vernichtet und aus einem weiteren Geleitzug von drei Schiffen im Doppelschuh zwei Dampfer versenkt wurden.

Unter den vernichteten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befanden sich die italienischen Dampfer „Mitalia“ (4791 t) und „Monte Bianco“ (6968 t).

Zwei der vernichteten Segler, darunter der italienische Schoner „Giallo“ hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen.

Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Kap San Vito (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Schwierige U-Bootarbeit nahe der italienischen Küste

Unter recht schwierigen Begleitumständen gelang es kürzlich einem unserer im Mittelmeer stationierten U-Boote, einen Truppentransportdampfer zu versenken, der als Spitzenschiff eines Geleitzuges dicht unter der italienischen Westküste nordwärts fuhr. Zwei Zerstörer sicherten ihn, zahlreiche Fischdampfer hatten die Seiten- und Schutzdeckung der folgenden kleinen Frachtschiffe übernommen. Mit sparsamstem Schrottegebrauch vorsichtig sich U... heran und stellte einen graugemalten Dampfer von etwa 6000 Tonnen fest, auf dessen Deck man viele Truppen sehen konnte. Zahlreiche Rettungsboote waren ausgeschwungen und an den Bordwänden aufgehängte Flöße deuteten darauf hin, daß der Dampfer viele Menschen, wahrscheinlich Truppen, an Bord haben mußte. Zwiegelglatte See und leichtes Wasser erschwerten den Angriff ungemein. Die Fähigkeit und Umsicht des Kommandanten führten jedoch zum Ziele. Sofort nach dem Torpedoschuss ging das U-Boot auf Tiefe, wobei es indeffen einen leichten Stoß im Boden verspürte. Es war auf einer flachen Stelle, nur 120 Meter vom Strande entfernt, auf Grund geraten. Wieder stieg das Schrotrohr zum Vorschein an die Oberfläche. Der Dampfer war inzwischen gesunken, nur die Masten ragten noch über Wasser. Die beiden Zerstörer und zwei Bewachungsdampfer waren an der Untergangsstelle mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Dieser Umstand ließ einen Abbringversuch für das U-Boot aussichtsreich erscheinen. Mit Preßluft wurden die Tanks ausgeblasen, die Maschinen auf äußerste Kraft gestellt, worauf das Boot schnell freikam und hochstieg, um sofort mit höchster Geschwindigkeit nach See in tieferes Wasser abzulaufen. Trotzdem der Rücken des U-Bootes nur ganz kurz an der Oberfläche auftauchte, eröffnete eine, wenige 100 Meter entfernte Landbatterie sofort das Feuer, ohne aber U... zu treffen, das bald darauf von der See in schäumender Tiefe aufgenommen wurde. In größerer Entfernung waren dann die Detonationen von 20 Wasserbomben zu hören, die aber keinen Schaden anrichteten.

Die Friedensverhandlungen

Berlin, 4. Jan. (28. T. B.) Der Hauptauschuß des Reichstags trat heute vormittag 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen. Als erster Redner sprach Abgeordneter Graf Westarp über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Im Anschluß an seine Ausführungen ergriff Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen: Der Herr Vorredner hatte die Güte, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte sagte, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint eingetreten zu sein. Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgesprochen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte etwa in Stockholm fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß die Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen

Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegationen mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Nachschaffungen der Entente, Misträuen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.) Inzwischen sind in Brest-Litowsk die Vertreter der Ukraine eingetroffen und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln. Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme von Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns injunziert, daß in diesem Punkte 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Forderung betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Infamie zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir haben uns auf unsere Nachtheile, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo.)

Der Ausschuss vertagte sich nach diesen Erklärungen, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über die Situation zu beraten.

*

Brest-Litowsk, 4. Jan. (W. V.) Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. Mts. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf den Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der Vierbundmächte an Herrn Joffe am 4. d. Mts. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend vereinbart worden sei, die Verhandlungen am 5. Januar in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Die Berliner Presse

Berlin, 4. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ faßt seine Meinung in folgenden Worten zusammen: „In den nächsten 24 Stunden dürfte es sich zeigen, ob es nur ein Zwischenfall war, oder ob die Bolschewiki-Regierung einen Frieden, bei dem Polen, Litauen, Estland und Teile von Livland und Estland aus dem russischen Reich ausschneiden und über ihr weiteres Schicksal selbst entscheiden sollen, definitiv verwirft. Das Selbstbestimmungsrecht steht im Programm der Bolschewiki; gegen die Anwendung dieses Rechtes können sie also nicht protestieren wollen, und ihre Einwendungen beziehen sich nur auf das Verbleiben der Besatzungstruppen während der Abstimmung und auf die Art, wie die Abstimmung vorgenommen werden soll. Wenn der heutige Zwischenfall nur ein Zwischenfall war, so wird er gewiß auch nicht der letzte gewesen sein. Die Stockholm-

Frage ist, verglichen mit den Schwierigkeiten, die sich aus Punkt zwei und anderen Punkten ergeben, in: Grunde von geringer Wichtigkeit. Wir haben vom Verhandlungsbeginn an auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und vor voreiligem Optimismus gewarnt. Selbst wenn sich, wie wir hoffen, was jetzt im Vordergrunde sich zeigt, in Güte regeln lassen wird, werden auch auf der Ostseite noch recht zahlreiche delikate Probleme ungelöst im Hintergrunde stehen.“

Die Berliner „Vorzeitung“ gibt der Ansicht Raum, daß in dem neuen Verhalten der russischen Regierung sich die Treibereien der Entente zeigen. „Denn der plötzliche Vorschlag“, so fährt das Blatt fort, „die Verhandlungen zu verlegen, wozu absolut kein Grund vorlag, kommt doch aus zu heilestem Himmel, als daß man dahinter nicht das Wesen der Entente erblicken könnte. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir auch auf unsere unter 1 und 2 gemachten Vorschläge bestehen müssen, wird die Billigung des ganzen deutschen Volkes finden. Wir sind den Russen gewiß so weit entgegengekommen, wie es überhaupt möglich war. Unsere militärische Lage sowohl wie unsere Politik rechtfertigten durchaus eine andere Haltung. Man kann den Zwischenfall in Brest-Litowsk aber auch ein wenig anders deuten. Man weiß, daß zwischen England, Amerika und Frankreich ein Gedankenaustausch stattfindet, und man hofft in diesen drei Ländern durch eine Verästelung der Friedensverhandlungen noch Zeit zu gewinnen, um sich vielleicht doch auf diese oder jene Weise an den Verhandlungen beteiligen zu können. Alles in allem aber können wir, wie es der Reichskanzler zum Ausdruck gebracht hat, getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir haben uns auf unsere Nachtheile, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht.“

Die „Deutsche Zeitung“ schöpft aus dem Zwischenfall von Brest-Litowsk die Hoffnung, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen wäre, wo wir die ganze Länge des 19. Juli von uns werfen könnten und müßten. Von den umseitigen Brest-Litowsker Erklärungen vom 25. Dezember müßten wir moralisch und tatsächlich loskommen, und wenn man die durch die heutige Erklärung des Grafen Hertling geschaffene Lage richtig erfasse, könnten die Dinge noch zum Guten gewendet werden.

Ganz entgegengesetzt ist die Stellungnahme der „Rostischen Zeitung“, die die Auffassung teilt, daß der Frieden mit Rußland noch keineswegs als gesichert angesehen werden müsse, und dann schreibt: Der Hauptauschlag, der nunmehr sehr wohl in der Lage ist, die möglichen Konsequenzen der jüngsten Regierungspolitik zu übersehen hat jetzt die ernste Pflicht, die Rückkehr auf jenen Weg zu fordern, der durch die deutschen Vorschläge vom 25. Dezember klar und eindeutig vorgezeichnet, der aber am 28. Dezember wieder verlassen worden ist. Der Ausschuss hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht durch eine Fortsetzung dieses Abweichens die politische Führung aufs neue in die Hände der Entente gleite, was nicht nur eine Verzögerung, sondern vor allem eine grundsätzliche Verschlechterung des Friedens auch im Sinne seiner Dauerhaftigkeit zur Folge haben müßte.

Die freikonservative „Post“ schreibt: „Der Kanzler hat mit Recht im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, wie schlecht es dem deutschen Reich anstände, nun etwas plötzlich eine hastige Geschäftigkeit an den Tag zu legen. Wir können warten, bis sich die russischen Friedensunterhändler auf das tatsächlich Mögliche besinnen und mit praktisch diskutablen Gegenvorschlägen kommen. Bei gegenseitigem guten Willen sollte es nicht schwer sein, eine Vereinbarung zustande

zu bringen. Auf keinen Fall aber darf das Deutsche Reich um des bloßen Friedens willen von den Bedingungen abgehen, die seine geographische Lage nach Osten ihm aufzuzählen zwingt. Die Macht, sie durchzusetzen, liegt ja in deutscher Hand.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt, der russischen Regierung müsse endlich gezeigt werden, daß der Besiegte dem Sieger nicht seine Meinung und seinen Willen aufzwingen könne. Die in Deutschland maßgebenden Faktoren müßten auf alle Konsequenzen hin das Lebensinteresse und das Ansehen des Reiches auf das nachdrücklichste zur Geltung bringen. „Wir haben“, so schreibt das Blatt weiter, „immer daran geglaubt, daß dieses anscheinend schrankenlose Entgegenkommen von der russischen Regierung und ebenso von den Bevölkerungen Italiens usw. richtig aufgefaßt und nicht vielmehr als Schwäche betrachtet werden würde. Dies ist denn auch, wie das Ergebnis zeigt, die Wirkung geworden. Die russische Regierung, gestützt und beeinflusst von den Westmächten, ist der Ansicht, das Deutsche Reich benötige derart eines sofortigen Friedens, daß es auf alle russischen Forderungen eingehen werde, lediglich aus Besorgnis, die Verhandlungen könnten vielleicht nicht schnell genug zum Ergebnis gelangen.“

Die Folgen von Brest-Litowsk.

Verfolgt man die Geschichte der Friedensverhandlungen, so wird man wenige finden die ohne Unterbrechung zu Ende geführt wurden. Die Verhandlungen von ihnen wurde unterbrochen, weil sich die Verhandelnenden nicht einig konnten, doch bedeutete das nur in wenigen Fällen einen Abbruch der Verhandlungen, zumeist fanden sich die Friedenssuchenden demselben oder einem andern Tisch wieder zusammen. Hiernach braucht man also den Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen noch nicht allzu tragisch zu nehmen. Allerdings liegt für uns überhaupt dazu kein Grund vor, wir können warten. Die faktische Waffenruhe im Osten begrüßen wir natürlich freudig, aber im übrigen haben wir, trotz bestem Willen, mit den Russen bald wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, keinen Grund, unsere östliche Nachbarn nachzulaufen. Daß Graf Hertling es glatt ablehnte, die Verhandlungen im Wirtal einer neutralen Stadt fortzusetzen, hat die Billigung aller Deutschen, und daß er auch über Punkt 1 und 2 der Verhandlungen energig den deutschen Standpunkt vertritt, wird ebenso überall voll gewürdigt.

Wir haben gerade gründlich genug erfahren, was die Gefahr aus dem Osten bedeutet, und haben wirklich keine Veranlassung, uns mit Worten abspülen zu lassen, sondern verlangen volle Garantien. Wir haben uns warhaftig friedensbereit genug gezeigt in unserer Verhandlung mit den von uns besiegten Russen. Gerade aber, wo in Rußland jetzt alles im Fluß ist, haben wir uns zu hüten, unsere Ostzukunft auf den Flugand verbindlicher Worte aufzubauen, sondern müssen mit aller Energie darnach streben, feste Grundlagen zu gewinnen. In diesem Sinne haben wir gar keine Veranlassung, den Zwischenfall in Brest-Litowsk tragisch zu nehmen. Er hat uns den Frieden nicht ferner gerückt im Gegenteil, wir hoffen bestimmt, unser energisches Auftreten wird ihm uns bald recht nahe bringen.

*

Der goldene Käfig.

Roman von Julius Keller.

(Nachdruck verboten.)

Ein Ausdruck tiefer Traurigkeit lag dabei auf dem blauen, feinen Gesicht Martha's. Das zart gebaute, kaum zwanzigjährige Wesen mit den kindlich unschuldigen, tiefblauen Augen machte eher den Eindruck eines unglücklich Liebenden, mit trauerndem Herzen dem Geliebten nachträumenden Mädchens, als den einer jungen, seit Jahresfrist verheirateten Frau.

Inzwischen hatten sie das Haus betreten und in frohem Scherz über das unverhoffte Wiedersehen rief der Förster:

„Nun, seht Euch um, Kinder, und schimpf nicht gar zu sehr, Pauline, über die liederliche Junggesellenwirtschaft meines Altes. Während Ihr hierbleibt, wird's freilich besser aussehen, aber — wenn Ihr wieder fortgeht —“

„Wir werden nicht wieder fortgehen“, fiel Frau Pauline ihm in die Rede, während sie sich langsam, kaum ihre Bangigkeit verbergend, niederlegte, „wir werden für immer hierbleiben.“

Wunderbar öffnete der Förster seine Augen weit.

„Was sagst du? — Immer wollt Ihr hierbleiben? Ihr? — Auch du? Martha? — Ei, — und mein Herr Schwiegerohn unbekannt was auch?“

Die ängstliche Frau holte einige Male tief Atem und begann dann:

„Hör mich ruhig an, Alter, ich muß dir etwas erzählen, was dich wundern, dich traurig, ja vielleicht gar böse machen wird. Niemanden aber trifft eine Schuld daran, daß die Dinge so gekommen sind. Der Himmel — das Schicksal —“

„Erzähle, Alte, erzähle, — du spannst mich auf die Folter!“ drängte Sievers.

„Ich habe dir damals“, erzählte Frau Pauline, „vor einem Jahre erzählt, daß ganz plötzlich die Liebe unserer Tochter zu einem hübschen, anständigen jungen Mann erwacht sei, daß die Deutschen mir erklärt hätten, nicht ohne einander leben zu können, und ich es nach genauer Prüfung für das Beste hielt, ihren heißen Wunsch zu erfüllen. Du hast nach etwelchem Zögern deine Einwilligung gegeben — aber weil du den jungen Mann gar nicht kennst, — uns die Verantwortung überlassen. Der junge Mann war zwar arm, hatte aber Kaufmann gelernt — und auch ein paar hundert Taler gewonnen, um damit in unserm Städtchen ein Geschäft eröffnen zu können. Nach längerem Bemühen fand er ein solches, — sehr klein und bescheiden, denn es mußte billig sein — und am Tage nach der Hochzeit ward es eröffnet. Was ich schon früher an unserm Schwiegerohn gelobt, muß ich auch jetzt wieder hervorheben — er war sehr gewandt und gebildet als Verkäufer und verstand mit den Kunden umzugehen, aber —“

„Nun aber —?“

„Über er hatte kein Glück. . . Und dann eröffnete vor einigen Monaten dicht neben uns ein Kaufmann aus Berlin einen neuen Laden — mit großer Spiegelscheiben, doppelter Gasbeleuchtung und den allerneuesten, modernsten Stoffen — — nun kam gar keiner mehr zu uns, selbst die Landleute aus der Nachbarschaft nicht, weil ihnen vor'm Tor von einem Dienstmann Bettel in die Hand gesteckt wurden, worin ihnen geraten wird, nur bei unserm Nachbar zu kaufen, wo sie als Gratiszugabe eine Karte, eine Schaufel, oder sonst ein landwirtschaftliches Gerät erhielten. Die ganze Stadt und die Umgegend kauft nun in dem noblen Laden, wo jeder Käufer nach Belieben eine Zugabe erhält, alle andern Geschäfte gehen schlecht, und unseres ist — — ist — — bankrott!“

„Bankrott?“

„Ja! Von Gerichtswegen zugesprochen und die schönsten Stücke unserer kleinen Wirtschaft — gepfändet.“

„Das ist unerhört! — Mein Schwiegerohn ist — doch, wo ist er denn jetzt? — Sag' mir das erst!“

„Ich geb' dir mein Wort, Alter, daß der arme Helmer sich in einem Zustand befindet, der mein volles Mitleid erfordert! Ihm sei es immer so gegangen, klagte er, niemals habe er Glück gehabt, alles sei ihm feilschgeschlagen und Bosheit und Witzgans anderer —“

„Larifari!“ — unterbrach der Förster sie zornig, „untätig, faul wird er gewesen sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 5. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute um 12 Uhr zusammen. Der Reichskanzler Graf Hertling war nicht erschienen, wohl aber Reichssekretär Graf Moller, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Bussche, der folgende Erklärung abgab:

„Der Herr Reichskanzler hat gestern die Innunation der russischen Presse zurückgewiesen, da wir uns in illoyaler Weise unserer Aufgabe, betr. das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stellte ich im ausdrücklichen Auftrag des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest: Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert. Aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiterberaten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt. Zwischen uns und von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte!
Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegation am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet keine Schwierigkeiten machen wird.

Die russische Delegation!

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden, mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können vonseiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln. Gegen die Abg. Scheidemann (Soz.) und Haase (Unabh. Soz.) wird der Vorschlag durch Abstimmung angenommen.

Petersburg, 3. Jan. (W. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Vorsitzende der Friedensdelegation, Genosse Toffe, hat gestern an den Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm gesandt:

„Die Regierung der russischen Republik sieht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiet zu führen, und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet die Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vom 28. Dezember wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anbelangt, sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Haupt-Ausschuß der Sowjets in voller Uebereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als den Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antwortserklärung des Vierbundes.

Der Vorsitzende der Friedensdelegation.

Rotterdam, 4. Jan. (W. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“: Es ist Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt zugeben, daß die Unterhandlungen von Brest-Litowsk nicht abgeschlossen sind und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könne. Als aber die Kammer in den Sowjets mitteilte, daß die Bedingungen unannehmbar seien, haben die Vertreter der verschiedenen Parteien erklärt, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht tun könnten.

Brest-Litowsk, 6. Jan. (W. B.) Gestern abend ist folgender Funkpruch in deutschem Klartext abgefaßt worden:

An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Toffe in Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 28. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Vorschläge für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermittlung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Vorschläge ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichteten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellten fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen:

H. Kühlmann für Deutschland,
Graf Czernin für Österreich-Ungarn,
Popow für Bulgarien,
Nessim Bey für die Türkei.

Genf, 5. Jan. Die französische Presse ist angelegentlich der Schwierigkeiten, denen die russisch-deutschen Friedensverhandlungen begegnen, sehr besorgt. Sie möchte aber doch den Anschein vermeiden, als ob das Vertrauen zu den russischen Maximalisten plötzlich bei der Entente wieder eingeleitet sei. Vor wenigen Tagen erst hatte eine französische Zeitung geschrieben, wenn es wahr sei, daß Lenin und Trotski mit deutschem Gelde gekauft worden seien, so müßte es auch möglich sein, sie mit russischem Gelde zu kaufen, wenn man sich nur entschleße, den genügenden Preis zu zahlen. Die französische Presse vermeidet es also heute begreiflicherweise, die Maximalisten durch plötzliche Lobspüche zu verächtlichen. Man behandelt sie entweder wie es der Senator Beranger in seinem „Paris du midi“ tut, als naive Politiker, denen man ihren Verrat als Rücksicht auf ihre Dummheit verzeiht, oder man erblickt in ihrem Einwand gegen die deutschen Friedensvorschläge, wie dies im konservativen „Gaulois“ geschieht, ein Scheinmanöver, das den Zweck einer Expropria gegen die Entente verfolgt und Frankreich veranlassen soll, sich schleunigst den Friedensverhandlungen anzuschließen. Der offiziöse „Petit Parisien“ begnügt sich vorläufig mit der Bemerkung, daß die Lage, die der Reichskanzler Hertling als unklar bezeichnet habe, sich im Gegenteil zu klären beginne. Frankreich dürfe sich Glück wünschen, aber man solle sich auch vor Prophezeiungen hüten.

Berlin, 5. Jan. Die „Sozialistische Korrespondenz“ teilt folgendes mit:

„Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbedingung des Friedens in Waffenstillstandsverhandlungen zu schaffen suchten und die deutsche Regierung sich bereit erklärte auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kannte die deutsche unabhängige Sozialdemokratie keine größere Sorge als die, wie der Friede mit Rußland vereitelt werden könnte. Wir erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm unzweifelhaft genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgendes entnehmen: „In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von Führern der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. in revolutionären Sinne vorziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre vertretlich, weil er die erwähnte Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde.“

Stockholm, 4. Jan. Die „Bramba“ meldet: Die russische Regierung bewilligt keine Fristverlängerung an die Alliierten.

Genf, 5. Jan. Die „Morningpost“ berichtet: Die bevorstehende neue amtliche Erklärung der Ententeverbündeten über die Bedingungen, unter denen sie zu den Friedensbesprechungen geneigt sind, bringt keine Änderung der bisherigen Erklärungen der Verbündeten in der Frage der Kriegsziele. Infolgedessen ist der Gegensatz der Grundsätze zwischen den beiden Mächtegruppen vorläufig noch unüberbrückbar.

Basel, 7. Jan. „Daily Mail“ meldet: Lloyd George hat bei dem Empfang der Vertreter Trades Union am Neujahrstage seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Krieg nicht unentschieden ausgehen dürfe. Es gäbe für England nur die Möglichkeit des Siegens oder des Unterliegens.

Saag, 4. Januar. Reuter meldet aus London: „Daily Chronicle“ und „Daily News“ fordern, daß die Alliierten die russische Regierung anerkennen. „Daily Chronicle“ meldet weiter: Wie verlautet, ist es möglich, daß die Weltmächte infolge des Verlaufs der Verhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten die Regierung Lenins dennoch tatsächlich anerkennen werden. Demnächst wird eine Darlegung der Politik der Alliierten in demokratischem Sinne abgesandt werden. Es ist möglich, daß auch der neue russische Botschafter in London, Litwinow, anerkannt werde.

Der englische Botschafter Buchanan wird durch einen Diplomaten ersetzt werden, der mit dem Ideengang des revolutionären Rußland übereinstimmt. Die „Times“ erklärt, Buchanan hatte Urlaub erhalten, weil seine Gesundheit erschüttert sei. Es ist wahrscheinlich, daß jetzt bereits ein Nachfolger ernannt werde. Wenn jedoch die Ereignisse in Petersburg es wünschenswert erscheinen ließen, die Botschaft in Petersburg aufrecht zu erhalten, so werde sie unter Leitung eines Geschäftsträgers gestellt werden.

Berlin, 6. Jan. (W. B. Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat S. M. der Kaiser dem Reichskanzler Grafen v. Hertling unter dem 4. d. M. beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Slet, Prof. Erich und Direktor Sario, im Namen des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Reichskanzler Graf v. Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Bussche die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung Deutschlands erklärt.

Berlin, 6. Jan. (W. B.) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Fjodoroff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Bermischte Nachrichten.

* Müdesheim, 7. Jan. Zu der vom Kriegsamt im Januar 1917 herausgegebenen Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen betreffend Kriegserlasse nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen ist das 5. „Ergänzungsblatt“ nach dem Stande vom 1. November 1917 erschienen. Dieses Ergänzungsblatt wird auf Anforderung kostenlos durch die Stellen abgegeben, durch welche die Zusammenstellung Nr. 51. 1000/1. 17. R. A. A. bezogen worden ist. Mit dem 5. Ergänzungsblatt werden die Nachträge zu der Zusammenstellung, Nr. 51. 1000/1. 17. R. A. A. vom 1. Januar 1917 abgeschlossen. Eine neue Zusammenstellung, deren Erscheinen in den „Mitteilungen des Kriegsamts“ und in der Presse bekanntgegeben wird, wird nach dem Stande vom 1. Januar 1918 herausgegeben.

* Müdesheim, 7. Jan. (Die Frau im preussischen Bahndienst.) Die preussisch-berlinische Staatsbahnenverwaltung, die vor dem Kriege in einigen wenigen Dienstzweigen knapp 10 000 Frauen beschäftigte, hat die weiblichen Kräfte nunmehr zu fast allen Dienstverrichtungen des vielgestaltigen Eisenbahnwesens zugelassen und ihre Zahl allmählich auf 100 000 erhöht. Hiermit ist indessen die Entwicklung bei der Fortdauer des Krieges noch nicht abgeschlossen. Vermögen auch die meisten Frauen den Mann im Eisenbahndienst nicht vollkommen zu ersetzen, so tragen sie doch alle reiblich dazu bei, den Eisenbahnbetrieb, dieses gewaltige Schwungrad unseres gesamten Verkehrs, im Gange zu halten: ihre Kriegsteilnahmen können deshalb nicht hoch genug bewertet werden.

* Müdesheim, 7. Jan. (Kleinere Eisenbahnfrachtbriefe.) Die Lage der Papierversorgung macht es notwendig, auch bei den Frachtbriefen an Papier zu sparen. Das Reichseisenbahnamt hat deshalb das Frachtbriefmuster mit Geltung vom 10. Januar ab vorübergehend geändert. Das Muster für die neu zu druckenden Frachtbriefe wird in der Weise um die Hälfte verkleinert, daß die bis jetzt unbenutzte Rückseite mit der rechten Hälfte des Frachtbriefes des jetzt geltenden Musters bedruckt wird.

* Müdesheim, 7. Jan. (Acht auf die Marmelade!) Alle Marmeladen müssen überwacht werden. In den meisten Fällen kann eine Marmelade, die Verderbniszeichen hat, durch Aufkochen gerettet werden. Die Schimmelbildung bringt nicht in die Marmelade ein, man nimmt sie ab und legt ein in Salizylspiritus getränktes Stück Papier darauf. Den sich bildenden Saft hebt man mit einem Teelöffel ab. Am gefährlichsten ist die Gärung. Durch Aufkochen und Mischen mit einem frischen Fruchtmark kann man solche Marmelade noch genießbar machen, sollte sie aber

schnell verbrauchen. Gegen das Kristallisieren der Marmelade ist einmaliges Aufkochen ratsam. Durch sachgemäße Aufbewahrung in kühlen, luftigen Räumen rechtzeitiges Eingreifen können die Vorräte vor Verderbnis geschützt werden.

Geislingen, 4. Jan. Diebe machten heute in 3 nebeneinander liegenden Gebäuden hiesiger Einwohner nächtliche Besuche und stahlen in dem einen Gehört 7 Hühner und einen Hahn, in dem anderen 2 kräftige Ziegen, deren Köpfe sie mit dem Halsband in der Kette hängen ließen, und damit es bei dem Ziegenbraten an Würze nicht fehlt raubten sie aus dem Keller des dritten Einwohners eine Partie Flaschen mit Wein. Der Binger Polizeihund wurde heute sofort in Tätigkeit gesetzt. Ob mit Erfolg, ist noch nicht bekannt geworden.

Deßloch, 5. Jan. Hier wurden in der letzten Zeit einige Posten 1917er Deßlocher Weine verkauft. Für das Stück wurden dabei angeblich 6700—8200 Mk. bezahlt. In der kommenden Zeit wird man wohl mit einem etwas regeren Geschäftsgang im Weinverkauf im Rheingau rechnen können.

Aus dem Rheingau, 6. Jan. Das Weinjahr 1917 brachte im Rheingau stellenweise einen überaus reichen Ertrag während in manchen Lagen wiederum kaum ein Drittel Ernte erzielt worden ist. Die Qualität der 1917er Weine ist eine sehr gute, bewegten sich doch die Mostgewichte zwischen 91 und 96 Grad Decksle bei 10,7 pro Mille Säure. Die Rieslingtrauben besonders haben gute Mostgewichte aufgewiesen von 81—111 Grad Decksle und eine Säure von 6,2—11,8 pro Mille.

Mainz, 5. Jan. Die Wwe. des 1915 gefallenen Regimentsführers Woll vergiftete ihre drei Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren mit Lysol und machte dann ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Als Beweggrund zur Tat werden Erbschaftsstreitigkeiten und Nahrungsjorgen angegeben.

Höchst, 4. Jan. Sehr interessante Zahlen über den Riesenbetrieb der Farbwerke werden in dem veröffentlichten Prospekt über die Ausgabe der neuen Aktien bekannt gegeben. Die Fabrikanlagen der Gesellschaft umfassen in Höchst eine Grundfläche von 2358789 Quadratmeter, wovon 371896 Quadratmeter bebaut sind, in Gersthofen eine Grundfläche von 183410 Quadratmeter mit 32854 Quadratmeter bebautem Gelände; zusammen 2542199 Quadratmeter, davon bebaut 404750 Quadratmeter. Alle Werksstätten sind massiv gebaut. Zum Betriebe dienen Dampfkessel einschließlich Lokomotionen mit einer Heizfläche von circa 23500 Quadratmeter, ferner Dampfmaschinen und Elektromotoren mit circa 52500 Pferdekraften, sowie eine größere Anzahl sonstiger Maschinen. Die Zahl der beschäftigten Beamten und Arbeiter beträgt zurzeit rund 14000 Mann.

Aus Rheinhessen, 5. Jan. (Spargelernte 1918.) Bereits jetzt schon hat die Nachfrage nach Spargeln eingesetzt. In allen Spargelbau treibenden Gemeinden Rheinhessens suchen die Verwaltungen der großen Städte im ganzen Gebiete des Rheins und der Ruhr Abschlüsse auf Spargel zu vollziehen.

Bereits wurden auch solche Abschlüsse schon erledigt. Bei dieser starken Nachfrage ist sicher nicht damit zu rechnen, daß die Preise für Spargel in diesem Jahre niedrig ausfallen. Ein bedeutender Teil der zu erwartenden Spargelernte ist auf diese Weise bereits fest verkauft.

Karlsruhe, 4. Jan. Beabsichtigte Flieger-Angriffe in der vergangenen Nacht auf Mannheim, Rastatt und Freiburg scheiterten in unserem Abwehrfeuer. Einige abgeworfene Bomben verursachten keinen oder ganz unerheblichen Schaden. Ein feindliches Flugzeug stürzte südlich von Mannheim-Ludwigshafen brennend ab. Die Insassen sind tot.

München, 3. Jan. Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ hat Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach für den Kongreß und Bibliotheksaal des Deutschen Museums $\frac{1}{2}$ Mill. Mark gestiftet. Der Kongreß- und Bibliotheksbau, für den 6 Mill. Mark notwendig sind, kann schon heute als finanziell gesichert gelten.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Betr. Aufträge für Schreiner und Tapezierer.

Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgeordnete, sowie die Deckung des Bedarfs an Möbeln überhaupt bringen jetzt und später in erhöhtem Maße Aufträge für Schreiner und Tapezierer. Dieses Gebiet soll dem Handwerk dauernd gesichert und zu diesem Zwecke müssen dessen Kräfte organisiert werden. Zunächst ist es nötig, zu wissen, welches Material und welche Betriebe für die Ausführung der Aufträge zur Verfügung stehen. Um dies festzustellen und zu beraten, wie die Sache am besten einzurichten ist, findet am Dienstag, den 8. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr, im Fürstenhof (Carlton-Hotel), Bahnhofplatz zu Frankfurt a. M., und am Donnerstag, den 10. Januar, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Wartburg zu Wiesbaden, Schwalbacherstraße 51, eine Besprechung statt, zu welcher alle selbstständigen Schreiner und Tapezierer eingeladen werden.

An der Versammlung in Frankfurt a. M., nehmen zweckmäßig diejenigen aus den Kreisen Frankfurt, Höchst a. M., Oberhausen und Udingen teil, während diejenigen aus den Kreisen Wiesbaden Stadt und Land, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen am besten der Versammlung in Wiesbaden beiwohnen.

Bei der Wichtigkeit der Sache rechnen wir auf zahlreiche Beteiligung.

Wiesbaden, den 29. Dezember 1917.

Die Handwerkskammer:

J. A.:

Der Vorsitzende:
Garfens.

Der Syndikus:
Schroeder.

Deutscher Hauswart Illustrierte Sammelzeitung

Redigiert von C. Dransfeld
40. Jahrgang—Monatlich 2 Hefte
Abonnements durch die Post und den
Buchhandel Mk. 1.20 per Jahr
Verlag von Friedrich Pustet Regensburg

Der heutigen Nummer liegt eine Beilage über die auf den 1. Juli 1918, ausgelassen 3 $\frac{1}{2}$ % Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank Buchstabe F, G, H, K und L bei, die wir gefl. zu beachten bitten.

Herders

Freiburg im Breisgau
Berlin, Karlsruhe, München,
Straßburg, Wien, St. Louis, Mo.

Konversations- Lexikon

Dritte Auflage, acht Bände, reich illust.
Mark 100.— Kr 120.— Teilzahlungen
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Redaktion: J. B. C. Reibling.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, dass unsere liebe, herzensgute, treubesorgte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Katharina Henzler Wwe.

geb. Krass

Ehrendame des hl. Herzen Jesu

am 5. Januar im 58. Lebensjahre nach langem mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch den öfteren Empfang der heil. Sterbesakramente sanft entschlafen ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Henzler.

Rüdesheim, Mainz, Frankfurt-Eschersheim, Bingen,
den 7. Januar 1918.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 9. Januar nachmittags um 3 Uhr, die Exequien am Mittwoch morgen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.



Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Krankheit, sowie bei der Beerdigung unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Katharina Link

sagen wir Allen, besonders der Frau Landesökonomierat Ott, sowie den Kindern und Eltern der Kleinkinderschule unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Kaspar Klein.

Rüdesheim a. Rh., den 5. Januar 1918.

Freundliche
Frontspitz-Wohnung
zu vermieten. Näheres
Peterstraße 14.

Zu verkaufen.
Ein Winter- sowie ein Sommer-
hut, gut erhalten, zu verkaufen. Wo
sagt die Exped. d. Bl.